

## **Brief an die Bundestagsabgeordneten in der Region Hannover**

*Datum*

Sehr geehrte Frau  
sehr geehrter Herr

Die Bundesregierung hat einen Vorschlag für Gesetzesänderungen veröffentlicht, der Fracking in Deutschland in großem Stil ermöglichen würde. Auch unter Naturschutzgebieten und in Natura 2000 Schutzgebieten soll Fracking in Zukunft erlaubt sein. Dies würde Böden und Gewässer und die schützenswerten Pflanzen und Tiere einem nicht kalkulierbaren Risiko aussetzen und zu einem Anstieg der klimaschädlichen Emissionen führen. Jede Fracking-Bohrung führt zur Einschränkung der Lebensqualität der AnwohnerInnen und ein wirksamer Schutz vor den Gefahren, die durch das Fracking-Verfahren entstehen, existiert nicht. So kann Fracking Erdbeben auslösen und geht mit einem großen Flächen- und Wasserverbrauch einher. Die Entsorgung des Rückflusses, der wieder an die Oberfläche gepumpten Mischung aus Frackflüssigkeiten und Lagerstättenwasser, ist ungeklärt.

Als unser Abgeordneter im Bundestag fordern wir Sie daher auf, den vorliegenden Gesetzesentwurf abzulehnen, da er die Risiken der Technologie nicht beherrschbar macht. Zwei-Drittel aller Bundesbürger lehnt Fracking ab und 2500 Gemeinden in Deutschland haben Beschlüsse gegen Fracking verabschiedet.

Auch wenn das Gesetz im parlamentarischen Verfahren einige Änderungen erfahren wird, wird es den Charakter eines Fracking-Erlaubnis-Gesetzes nicht verlieren. Für das Energiewendeland Deutschland macht es keinen Sinn, mittels Fracking die Ausbeutung fossiler Rohstoffe zu erhöhen und gleichzeitig nach Instrumenten zu suchen, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. Sie als Parlamentarier des Deutschen Bundestages wissen, dass wir die Energiewende nur voran bringen und den Kampf gegen den Klimawandel nur gewinnen können, wenn wir alle an einem Strang ziehen.

(Sie haben sich bereits in der Vergangenheit dem BUND/der Presse gegenüber deutlich gegen Fracking ausgesprochen. Wir danken Ihnen dafür, denn wir sind überzeugt davon, dass Ihre Stimme Gewicht hat. Wir möchten Sie bitten, auch weiterhin öffentlich ihren Standpunkt klar zu machen und vor allem, bei der kommenden Abstimmung im Bundestag das Gesetz abzulehnen.)

Wir appellieren an Ihr Engagement für die Energiewende und den Natur- und Klimaschutz und fordern Sie auf, Fracking in Deutschland nicht gesetzlich zu regeln sondern zu verbieten.

Mit freundlichen Grüßen,

Mitglied in der  
BUND Kreisgruppe Region Hannover